



NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau in

der Pfalz

am Dienstag, 25.11.2014,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende:



Anwesenheitsliste

CDU

Susanne Burckhardt

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Peter Lerch

Bernhard Löffel

SPD

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Günter Scharhag

Michael Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Udo Lichtenthäler

FWG

Michael Dürphold

UBFL

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Berichterstatter

Christoph Kamplade

Schriftführerin

Marlen Müller

Berichterstatter

Jürgen Bauer

Michael Götz

Farid Moayyedi

Franz-Josef Rutz

Indra Schaperdoth

Sylvia Schmidt-Sercander

Entschuldigt

Leben in Landau

Aydin Tas



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Zu Beginn der Sitzung bat Ratsmitglied Herr Marquardt darum, den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion zu den Parkbänken in der Innenstadt und in den Stadtdörfern in den öffentlichen Teil zu verschieben.

Der Vorsitzende befürwortete diesen Vorschlag, allerdings müsse er dann heute abschließend im Bauausschuss behandelt werden, so dass man eine erneute Beratung im Stadtrat ausschließen kann.

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu. Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion wird in dieser Sitzung abschließend beraten und es folgt keine Beratung mehr im Stadtrat.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Erfahrungsbericht: Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Koblenz
3. stadt.weiter.bauen - Perspektiven für Landau und die Region; Sachstandsbericht und Ausblick für das kommende Jahr
4. Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung Rheinland-Pfalz 2014
5. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Parkbänke in der Innenstadt und in den Stadtdörfern
Vorlage: 101/217/2014
6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragte, ob im Rahmen des Projektes Stadt.Weiter.Bauen. auch in weiteren Bauabschnitten des „Wohnparks Am Ebenberg“ Raum für private Baugemeinschaften geschaffen wird.

Herr Kamplade erläuterte, dass Anfang des nächsten Jahres die Vermarktung der nächsten Grundstücke in die Gremien geht. Bisher ist angedacht, dass man keine weiteren Bereiche ausschließlich nur für Baugruppen ausschreibt. Jedoch sind sie nicht ausgeschlossen. Sie können sich trotzdem an jeder Ausschreibung beteiligen.

Der Vorsitzende fügte hinzu, dass man auch noch einige Optionen laufen habe. Sollten diese nicht gezogen werden, werde man diese Flächen öffentlich ausschreiben, den Baugruppen allerdings den Vortritt lassen.

Die Einwohner und Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Erfahrungsbericht: Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Koblenz

Der Vorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Sascha Langenstein vom Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung der Stadtverwaltung Koblenz und übergab ihm das Wort.

Herr Langenstein erläuterte detailliert das Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Koblenz. Aufgrund des fehlenden Fachwissens und dem „Blick über den Tellerrand“ (Situationen in anderen Städten und Regionen) wurde ein externes Fachbüro zur Unterstützung hinzugezogen. Außerdem wurde vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung eine externe Beauftragung empfohlen und es wird durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert. Nach der Suche eines geeigneten Büro's hatte sich die Stadt Koblenz letztendlich für das inwis-Institut entschieden. Man hat sich außerdem –nach Empfehlung- für die ständige Begleitung durch eine Arbeitsgruppe entschieden, welche sich in regelmäßigen Abständen getroffen hat und aus ständigen und themenbezogenen Mitgliedern/Experten bestand. Die Erarbeitung des Konzeptes dauerte ca. 1 Jahr. Die Hauptthemen des Wohnraumversorgungskonzeptes waren die Gegenüberstellung einer Bevölkerungs- und Haushaltsprognose (Nachfrage) mit der Entwicklung des Wohnungsbestandes (Angebot). Umfassende Daten dafür bekam man von der städtischen Statistikstelle. Das Fachbüro hatte jedoch auch die Möglichkeit das Suchverhalten (Nachfrage, Wünsche) bei Immobilienscout 24 zu analysieren. Als Ergebnis wurde in Koblenz letztendlich festgehalten, dass rein rechnerisch keine neuen Wohnungen mehr erforderlich sind. Allerdings wurde auch festgestellt, dass viele unattraktive Wohnungen im Bestand sind, die nicht mehr vermietet werden können, worüber es jedoch keine Statistik gibt. Man konnte also nicht feststellen wie hoch der Ersatzbedarf ist. Demnach strebt man eine Erfassung des Leerstandes anhand von Stromzählern an. Es wurde auch festgestellt, dass die Ausstattung (altersgerecht und barrierefrei) und Größen der Bestandswohnungen nicht der Nachfrage entsprechen und der Sozialwohnungsbau aufgrund des Auslaufen der Mietbindungen und der unattraktiven Förderung stark zurückgeht. Das Fazit für Koblenz war also, dass der Wohnungsneubau und die Modernisierung weiterhin in großem Umfang erforderlich sind. Da die Stadt jedoch an sich keine Wohnungen baut, wurde überlegt, wie man hier vorgehen kann. Man wird am Markt beratend tätig, wobei das Wohnraumversorgungskonzept ein Beratungsinstrument sein soll und man konzentriert sich auf ein aktives Baulücken- und Baulandmanagement. Man versucht verstärkt Konversions- und Brachflächen zu entwickeln und weißt weiterhin moderat Bauland für Einfamilienhäuser aus. Je nach Haushaltssituation strebt man auch verschiedene Förderungsmodelle von Seiten der Kommune an.

Im Anschluss an die Ausführungen bedankte sich der Vorsitzende ausdrücklich bei Herr Langenstein. Er hat viele Parallelen zu Landau festgestellt.

Ratsmitglied Herr Dr. Ingenthon bedankte sich ebenfalls und merkte an, dass die Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes für Landau der richtige Weg ist. Er fragte Herrn Langenstein, inwieweit der Faktor „Universität“ in Koblenz eine Rolle gespielt hat und zu welchem Ergebnis dies evtl. geführt hat.

Herr Langenstein antwortete, dass das studentische Wohnen berücksichtigt wurde. Durch Studierende wird die Nachfrage nach kleinen und günstigen Wohnungen sehr verschärft. Ein Bedarf an zusätzlichen Studentenwohnheimen wurde auch festgestellt.

Der Vorsitzende merkte an, dass man in Landau inzwischen 1200 Studentenwohnheimplätze geschaffen hat und man eigentlich erwarten müsste, dass sich die Situation entspannt hat. Es könnte sein, dass die Studenten, die bisher in den umliegenden Dörfern gewohnt haben, verstärkt in die Stadt ziehen. Dies müsse man beobachten.



Auch Ratsmitglied Herr Lerch bedankte sich bei Herrn Langenstein für den schnellen und informativen Vortrag. Er schließt aus dem Vortrag, dass Landau einen größeren Bedarf an Neubauwohnungen hat als Koblenz. Auch im sozialen Wohnungsbau.

Herr Langenstein bestätigte, dass Koblenz keine „Schwarmstadt“ wie Landau ist. Das Konzept zeigt auch, dass die Stadt in Zukunft nicht so stark wachsen wird, sondern dass die Bevölkerung im besten Fall gehalten werden kann. Der Bedarf an Wohnraum besteht für Koblenz also nicht aufgrund des Wachstums, sondern daraus, dass viele alte, unattraktive Bestandswohnungen da sind, die nicht mehr an den „Mann“ gebracht werden. Wenn die Prognose für Landau aufzeigt, dass die Stadt weiter wächst, hätte man definitiv einen verstärkten Neubau- und Ersatzbedarf in Landau. Dies wäre ein deutliches Zeichen, dass die Stadt Landau hoch attraktiv ist. Zum sozialen Wohnungsbau teilte Herr Langenstein mit, dass das Sozialamt akut keine Probleme hatte, Bedarfsgemeinschaften unterzubringen. Günstiger Wohnraum ist also in Koblenz noch ausreichend vorhanden. Dies könnte jedoch in Zukunft zum Problem werden, wenn die Bindungen auslaufen. Koblenz habe zum größten Teil auch nur noch Privatflächen, so dass Vorgaben in Bebauungsplänen sich schwierig gestalten lassen. Positiv zu erwähnen ist, dass 80 % des sozialen Wohnungsbaus durch die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft geschaffen wurde. Diese möchte auch weiter entwickeln, allerdings ginge das aufgrund der finanziellen Situation und der unattraktiven Förderung nicht unbegrenzt.

Ratsmitglied Herr Lerch fragte weiter, ob die Stadt Koblenz sonstige Instrumente sieht, wie zum Beispiel Konversionsflächen für sozialen Wohnraum zu entwickeln.

Herr Langenstein antwortet, dass Koblenz momentan am Erwerb einer Konversionsfläche ist. Über die Preise, welche die Bundesanstalt für eine solche Fläche auferlegt hat, war man deutliche entsetzt. Die Stadt kann sich durchaus vorstellen sozialen Wohnungsbau dort zu entwickeln. Wie das im Detail geschehen soll, wird noch beraten.

Ratsmitglied Herr Lichtenthäler war der Meinung, dass die Stadt Landau kein quantitatives sondern ein qualitatives Problem hat. Er fragte ob es Synergieeffekte zwischen dem inwis-Institut und dem Jobcenter gegeben hat.

Herr Langenstein informierte, dass die Vertreter des Jobcenters bei den Expertengesprächen mit eingebunden wurden. Festgestellt wurde dabei, dass die Kosten der Unterkunft viel zu niedrig angesetzt werden. Die Wohnungsbaugesellschaft in Koblenz teilte mit, dass man durch die Mieten, welche verlangt werden dürfen, die Investitionen sehr schlecht refinanziert bekommt. Im Neubau könne man derzeit ganz schlecht mit den noch vorhandenen Wohnungen in diesem Segment konkurrieren, ohne dass man dabei in die roten Zahlen rutscht.

Der Vorsitzende verwies diesbezüglich auf den Vortrag von Herrn Götz, dem Leiter des Gebäudemanagements, vor geraumer Zeit, wo die gleichen Argumente vorgebracht wurden.

Ratsmitglied Herr Eichhorn fragte, ob sich die Konversion in Koblenz jetzt schon spürbar auswirkt und Einfluss auf den Wohnungsmarkt nimmt.

Herr Langenstein informierte, dass bereits eine Kaserne zum neuen Wohngebiet entwickelt wurde, wo auch viel sozialer Wohnungsbau errichtet wurde. Bei einer weiteren großen Kasernenfläche ist man, wie bereits erwähnt, in Verhandlungen. Ansonsten habe man von der Bundeswehr noch keine verlässlichen Zeitpläne genannt bekommen ob und wann welche Kaserne leergezogen wird. Demnach konnte diese Flächen auch noch nicht in der Statistik mit eingeplant werden.

Ratsmitglied Herr Marquardt fragte, ob die Stadt Koblenz keine städtischen Wohnungen hat.

Herr Langenstein bejahte dies. Alle städtischen Wohnungen sind die die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft übergegangen. Insgesamt hat die Gesellschaft ca. 5000 Wohnungen. Für weitere Details verwies er auf das Konzept.



Ratsmitglied Herr Eisold fragte nochmals, ob es tatsächlich schwierig sei, sozialen Wohnungsbau durch einen Privaten Investor zu finanzieren.

Auch dies bejahte Herr Langenstein, da mit der Förderung ein kompliziertes Verwaltungsverfahren verbunden ist und die Konditionen zur Zeit sehr unattraktiv sind.

Ratsmitglied Herr Dürrpold fragte, ob die Stadt Koblenz die Leerstandsituation mit in das Konzept eingearbeitet hat bzw. Anreize für die jeweiligen Eigentümer geschaffen hat.

Herr Langenstein antwortete, dass Koblenz noch keine Patentlösung dafür hat. Der einzige Anreiz, den er sich vorstellen könnte wäre eine finanzielle Förderung, die auch von einer Kommune aus gehen kann.

Ratsmitglied Herr Dr. Ingenthron fragte wie das Verhältnis zwischen Kernstadt und Stadtteilen in Koblenz ist; ob das Konzept diesbezüglich besondere Aussagen trifft.

Herr Langenstein informierte, dass man in Koblenz wie auch im gesamten Bundesgebiet in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Stadtteilen eine steigende Miete erkennt und die Bevölkerungszahlen außerhalb in den Stadtteilen sinken und die Nachfrage an Bestandswohnraum dort auch nicht hoch ist.

Der Vorsitzende bedankte sich nochmals herzlich bei Herrn Langenstein für seinen ausführlichen Bericht und überreichte ein Weinpräsent. Das was die Stadt Koblenz bereits getan hat, ist nun letztendlich die Bestätigung für den geplanten Weg der Stadt Landau, ein Wohnraumversorgungskonzept zu erstellen. Er merkte jedoch auch nochmals an, dass man anhand des Wachstums der Stadt Landau sieht, wie attraktiv und gefragt sie doch ist. Man muss nun jedoch auch die Herausforderung annehmen und Mietwohnraum schaffen in dem man beispielsweise Mietpreisbindungen auferlegt oder Flächen für Mietwohnraum sichert. Über solche Dinge muss die Stadt Landau in Zukunft nachdenken.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

stadt.weiter.bauen - Perspektiven für Landau und die Region; Sachstandsbericht und Ausblick für das kommende Jahr

Der Vorsitzende führte in diesen Tagesordnungspunkt ein und bedankte sich zunächst bei Herrn Kamplade und allen Beteiligten, welche an diesen wichtigen Prozess mitwirken. Dann übergab dann das Wort an Frau Schmidt-Sercander von der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Frau Schmidt-Sercander erläuterte detailliert anhand einer Power-Point-Präsentation was genau man sich unter dem Prozess stadt.weiter.bauen vorstellen kann. Es soll ein Prozess sein und geht um die Themen der Stadtentwicklung und der Stadterneuerung. Es geht um eine Grundlage für fachliche, politische aber auch bürgerschaftliche Diskussion die in verschiedenen Formaten schwerpunktmäßig während der Landesgartenschau geführt werden mit dem Ziel unter anderem ein Leitkonzept für Landaus Zukunft zu entwickeln. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt diesen Prozess mit einem Zuschuss von 120.000 Euro. Dies entspricht 80 % Förderung des Gesamtvolumens von 150.000 Euro. Hinzu kommen ggf. noch bis zu 20.000 Euro für das, auf Grund der Verschiebung der LGS, gewonnene Zusatzjahr. Der Prozess an sich bildet ein Gerüst aus 4 Themen (grün.stadt.wandeln./wohnen.zukunft.gestalten./bestand.neu.leben./stadt.land.vernetzen.) und einem Querschnitt (landau.quer.denken). Frau Schmidt-Sercander informierte über die Veranstaltungen, welche im Jahr



2014 diesbezüglich stattgefunden haben und welche Ziele daraus weiter verfolgt werden. Der Prozess spielt für das Thema Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle. Bereits nach den ersten Veranstaltungen hat sich der Ansatz bestätigt, dass die Form der Beteiligung, d.h. des Entscheidungs- und Gestaltungsspielraums der Akteure jeweils transparent gehalten werden muss, um keine falschen Erwartungshaltungen zu wecken (Information der Bürger, Bürger als Impulsgeber, konkrete Umsetzung durch den Bürger „Den Spaten in die Hand nehmen“). Demnach prüft man, welche Formate (wie zum Beispiel Architekturtage, Fachveranstaltungen etc.) für die Bürger interessant sind und wo man die meisten und wertvollsten Inputs bekommt. Schwerpunkt des Prozesses wird während der Landesgartenschau sein, wo ein Raum im Gebäude 110 zur Verfügung steht der zum einen dauerhafte Präsentationen zeigt und zum anderen Platz für Wechselausstellungen bietet. Außerdem plant man einen „Salon“ der die Möglichkeit von gezieltem Austausch bietet oder Literatur und Filmveranstaltungen möglich macht. Der Veranstaltungskalender während der Landesgartenschau sieht monatlich einen Themenwechsel vor und es werden Formate wie Vorträge, Symposien, Führungen, Mitmachaktionen, Hochschulschaufenster etc. angeboten. Auch in der Stadt selbst wird es zu diesem Zeitpunkt weiterhin die „Roter-Faden“-Veranstaltungen, Führungen sowie Bürgerwerkstätten geben, um auch ohne Eintritt zu bezahlen, weiter am Prozess teilnehmen zu können. Parallel zum Veranstaltungskalender gibt es auch einen sich wiederholenden Wochenplan während der Schau. Zum Schluss ihres Vortrags wies Frau Schmidt-Sercander noch auf die kleinen Mitbringsel für die Bauausschussmitglieder hin und bekräftigte dazu Werbung zu machen, teilzunehmen, Inputs zu geben und stets neugierig zu bleiben. Sie verwies auf die weitere Informationsmöglichkeit auf der Webseite swb.landau.de und die Möglichkeit sich dort für den Newsletter anzumelden.

Der Vorsitzende dankte Frau Schmidt-Sercander für ihren Vortrag und besonders für ihr Engagement. Er äußerte den Wunsch an die Presse, für diesen Prozess zu werben, um gemeinsam mit den Bürgern die Stadt Landau weiter zu entwickeln.

Ratsmitglied Frau Braun regte an, die Bürgerbeteiligung auch im Stadtgebiet zu verteilen.

Der Vorsitzende informierte, dass man bereits in verschiedenen Bereich der Stadt unterwegs war, wie zum Beispiel der Stadtbibliothek oder dem Gebäude 041.

Frau Schmidt-Sercander ergänzte, dass man auch in den Stadtteilen wie zum Beispiel im „Horst“ ganz konkret Veranstaltungen plant. Auch die Stadtteildörfer sollen mit einbezogen werden.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung Rheinland-Pfalz 2014

Der Vorsitzende informierte, dass die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz auf Basis des Wohnraumgutachtens der Empirica AG eine Wohnungsmarktbeobachtung erstellt hat, aus welchem die wesentlichen Eckpunkte vorgestellt werden sollen.

Herr Kamplade informierte detailliert anhand einer Präsentation über die Wohnungsmarktbeobachtung Rheinland-Pfalz 2014 mit den folgenden Themen: Bevölkerungsentwicklung, Basistrends, Schwarmverhalten, Entwicklung der Mieten, Entwicklung der Kaufpreise und dem Wohnungsleerstand. Auf die Tischvorlage wird entsprechend verwiesen. Er dankte den Herren Bauer und Rutz der Abteilung Vermessung und Geoinformation, welche den Vortrag für die Sitzung des Bauausschusses vorbereitet haben.

Ratsmitglied Herr Lerch wollte wissen, ob der Wohnraumbedarf in naher Zukunft mittelfristig mit dem Wohnpark „Am Ebenberg“ abgedeckt ist.

Um genau diese Frage mit Sicherheit beantworten zu können, werde man ein Wohnraumversorgungskonzept erstellen erklärte Herr Kamplade. Das Konversionsgelände bedient sicher schon verschiedene Segmente des Wohnungsmarktes und die Nachfrage ist auf jeden Fall da. Die nächsten 3-4 Jahre werden auf jeden Fall abgedeckt sein. Danach müsse man entscheiden wie es weiter geht. Parallel zum Wohnpark werden auch im Stadtgebiet sehr schwierige Grundstücke entwickelt, was auch ein großer Gewinn für die Stadt ist. Aber auch diese Flächen sind irgendwann am Ende. Deshalb muss man behutsam und überlegt entscheiden, gerade wenn es in den Außenbereich geht, wie die Nachfrage weiterhin befriedigt werden kann. Man darf auf keinen Fall den Fehler aus den 90er Jahren vor allem in Ostdeutschland wiederholen und wild Flächen ausweisen.

Der Vorsitzende fügte hinzu, dass dieser Trend und diese Entwicklung sicher nicht ewig anhält. Der Rückzug der Franzosen, die wirtschaftliche Entwicklung Landaus und die Universität führten zu deutlichen Einwohnerzuwächsen. Nach der Entwicklung des Wohnparks muss man auf die Innenentwicklungspotenziale blicken. In einigen Jahren wird es dann darum gehen Strategien zu entwickeln, wie man den Bevölkerungstand der Stadt Landau möglichst lange halten kann.

Ratsmitglied Herr Dürrpold fragte, wie sich die 3 % Leerstand ergeben. Er wollte wissen, ob es genauere Zahlen gibt, wo man die Leerstände speziell hat. Er vermute, dass gerade die Stadtdörfer davon betroffen sind.

Herr Kamplade informierte, dass man in einer früheren Bauausschusssitzung im Jahr 2013 bereits über eine Einwohnerstatistik berichtet hatte und dort auch genau aufgezeigt wurde, wo die Leerstände in der Stadt und in den Stadtdörfern sind. Dies könne man ihm gerne zur Verfügung stellen.

Ratsmitglied Herr Lichtenthäler findet es positiv, dass Landau als „Schwarmstadt“ betitelt wird, er merkte jedoch an, dass man sich auch vergegenwärtigen sollten, dass man sich nicht unter Druck setzen sollte mit dem Gedanken, man müsse den „Schwarm“ jetzt ständig befriedigen.

Der Vorsitzende ist der festen Überzeugung, dass sich die Situation in Landau nach jetzigem Stand aus einer konsequenten Entwicklung vieler Bereiche parallel ergeben hat. Es wurde nicht nur der Wirtschaftsstandort sondern auch die soziale Infrastruktur weiter entwickelt. Er nannte die Entwicklung des Innenstadtbereiches, das kulturelle Angebot und vieles mehr. Durch all das kann die Stadt Landau punkten.



Ratsmitglied Herr Lerch ist der Meinung, dass man nach der Entwicklung des Wohnparks „Am Ebenberg“ die Innenentwicklung nicht nur im Stadtkernbereich betreiben sollte, sondern auch zum Beispiel im „Horst“ oder in den Stadtdörfern.

Ratsmitglied Herr Dr. Ingenthron fasste nochmals zusammen, dass es genau aus diesen ganzen Aspekten wichtig ist, eine Wohnraumanalyse und ein Konzept erstellen zu lassen. Wie man an der Statistik von Herr Kamplade sehen konnte bleibt der Druck weiterhin hoch.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Parkbänke in der Innenstadt und in den Stadtdörfern

Der Vorsitzende informierte kurz worum es bei dem Tagesordnungspunkt geht.

Ratsmitglied Herr Marquardt erläuterte detailliert den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 05.05.2014 zum Thema Parkbänke in der Innenstadt und in den Stadtdörfern. Das Ziel solle sein, das Angebot an Sitzmöglichkeiten wie zum Beispiel in der Fußgängerzone, an Bushaltestellen und in den Stadtdörfern zu erweitern. Er nannte Beispiele, wo es an Sitzmöglichkeiten im Stadtgebiet fehlt. Zum Beispiel findet man in der Ostbahnstraße auf der südlichen Seite in Höhe des Schwanenweihers 4 Bänke und auf der gegenüberliegenden Seite, wo Bushaltestellen vorhanden sind, keine. Ein ähnliches Problem wird in der Industriestraße in Höhe des Gloria Kino's (hinter dem Fernmeldegebäude) gesehen. Hier sollten möglichst breite Bevölkerungsgruppen mit einbezogen werden. Die UBFL ist der Meinung mehr Bänke in der Stadt seien eine sinnvolle und wichtige Angelegenheit, gerade mit Blick auf die Landesgartenschau.

Der Vorsitzende erinnerte an eine Bürgerbeteiligung für die Planung der Fußgängerzone damals und teilte mit, dass die Stadt um jede einzelne Bank kämpfen musste. Kein Bewohner dort wollte sie haben.

Herr Kamplade bestätigte dies. Weitere Standorte waren ausdrücklich nicht erwünscht was die Gerber- und Kronstraße, als auch die Ostbahnstraße angeht. Er informierte, dass im gesamten Stadtgebiet 350 Bänke aufgestellt sind. Nach Aussage der Fachabteilung handelt es sich dabei um eine sehr gute Ausstattung. Sobald Hinweise auf Defizite konkret benannt werden, geht man der Sache auch nach und reagiert darauf. Was die Sitzmöglichkeiten in den Stadtteilen angeht, liegen der zuständigen Grünflächenabteilung derzeit keine Hinweise auf Defizite vor. Aktuell wurde lediglich in Nußdorf ein neuer Sitzplatz in der Langenbergstraße geschaffen. Die Beispiele von Herr Marquardt sind durchaus nachvollziehbar. Er werde dies entsprechend weitergeben. Sollte es weitere Defizite an Bushaltestellen geben, wird auch da, von Seiten der Abteilung für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur nachgerüstet. Er ermunterte die Mitglieder des Bauausschusses, speziell Herrn Marquardt, wenn konkrete Vorschläge vorliegen, diese direkt an die Grünflächen- oder die Abteilung für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur weiterzugeben. Insgesamt sagen die Zahlen, dass die Stadt gut ausgestattet ist und bisher auch keine Bürgerbeschwerden eingegangen sind.

Ratsmitglied Herr Marquardt fragte, ob erst Beschwerden eingehen müssen, bis sich was tut. Er wollte mit diesem Antrag eine allgemeine Verbesserung vorschlagen.

Herr Kamplade bat darum von Vorschlägen, anstatt von Beschwerden zu sprechen. Die Beispiele, die Herr Marquardt vorgebracht hatte, werde er auch weiterreichen. Werden weitere Hinweise eingehen, werden auch die geprüft. Man ist für jeden dankbar, allerdings muss auch immer das Budget im Auge behalten werden.

Der Vorsitzende informierte, dass man zum Beispiel im Gewerbegebiet D9 23 Bänke, am Deutschen Tor 16 und in den Fortanlagen 20 Bänke vorfindet. Er wiederholte, dass dies laut Fachabteilung ausreichend ist, man jedoch Einzelfälle stets nachprüft.

Ratsmitglied Frau Braun schlug vor, einen Stadtplan anzufertigen, wo Sitzmöglichkeiten eingezeichnet sind und den Beirat für Seniorenarbeit und den Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung mit einzubeziehen ob die Ideen haben wo tatsächlich Defizite vorhanden sind.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass man dann aber auch im Haushalt mehr Mittel zur Verfügung stellen muss.



Ratsmitglied Herr Lichtenthäler machte darauf aufmerksam, dass der Antrag der UBFL zu allgemein und nicht zustimmungsfähig gestellt wurde. Probleme bei Sitzmöglichkeiten werden durch diesen nicht gelöst. Deshalb hat man sich bei der Fraktionssitzung der Grünen überlegt, wie man Qualitativ noch mehr machen könnte und die Beiräte, welche Frau Braun genannt hatte, in Erinnerung gerufen.

Ratsmitglied Herr Lerch schlug vor, die zwei konkreten Vorschläge von Herr Marquardt prüfen zu lassen und der UBFL entsprechend Bescheid zu geben. Weitere konkrete Vorschläge sollten direkt an die Verwaltung getragen werden.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis. Die Vorschläge von Ratsmitglied Herrn Marquardt werden geprüft und die UBFL erhält eine Antwort von der Verwaltung.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis. Die Vorschläge von Ratsmitglied Herrn Marquardt werden geprüft und die UBFL erhält eine Antwort von der Verwaltung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

Tankstelle Weißenburger Straße

Ratsmitglied Herr Scheid fragte nach dem aktuellen Stand zur Tankstelle an der Zweibrücker Straße.

Der Vorsitzende informierte, dass die Baumaßnahmen in den nächsten Tagen dort begonnen werden. Die Tankstelle soll noch vor der Landesgartenschau fertiggestellt werden.

Tankstelle Kreisel West

Ratsmitglied Herr Scheid fragte nach dem aktuellen Stand zur Tankstelle am Kreisel West.

Herr Kamplade informierte, dass nach derzeitiger Planung ein Bau der Tankstelle mit Anbindung an das Gewerbegebiet Ende 2015 denkbar wäre. Dies hängt von der Umlegung und dem Bebauungsplanverfahren ab. Die Anbindung an die L509 erfolgt allerdings erst nach der Landesgartenschau. Mitte 2016 ist die endgültige Erschließung möglich, spätestens dann folgt auch die Tankstelle.

Terminierung Arbeitskreis Verkehr

Herr Eichhorn machte auf den nächsten Termin des Arbeitskreises Verkehr aufmerksam, welcher nach Wunsch von Herrn Bernhard im Januar 2015 erfolgen soll.

Die Mitglieder einigten sich auf Januar. Der genaue Termin soll per Mail-Verkehr ausgemacht und bekanntgegeben werden.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 25.11.2014 umfasst 16 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 74.

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Marlen Müller
Schriftführerin